

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 169. Ratssitzung vom 4. Oktober 2017**

### **3358. 2017/299**

#### **Beschlussantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 06.09.2017: Untersuchung zu den Vorkommnissen in der Dienstabteilung Entsorgung & Re- cycling im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz, Kenntnisnahme der Berichte der GPK und der RPK**

*Urs Helfenstein (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 3230/2017): Nach Bekanntwerden der ersten Vorkommnisse im zweiten Semester 2015 haben die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) vereinbart, dass der Lead dieser Untersuchungen bei der GPK liegen sollte. Die GPK stand in engem Austausch mit der RPK und schliesslich entstanden drei Berichte. Alle 22 Mitglieder der GPK und RPK haben den Berichten zugestimmt. Trotzdem gab es in gewissen Punkten Interpretationsverschiedenheiten. Der damalige GPK-Präsident erhielt am 19. August 2015 von einem Gemeinderatsmitglied eine E-Mail zugestellt mit dem Titel «Mutmassliche Vorteilsgewährung und Annahmen durch Kadermitarbeitende der ERZ». Die E-Mail datierte vom 20. Juli 2015 und stammte von einem anonymen Absender ohne Registrierung. Die gleiche E-Mail lag auch dem Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) bereits am 20. Juli 2015 vor. Die GPK nahm am 7. September 2015 von dieser E-Mail Kenntnis und informierte zwei Tage später die Finanzkontrolle, die zu diesem Zeitpunkt bereits mit einer Revision bei Entsorgung + Recycling (ERZ) begonnen hatte. Die GPK wartete die Ergebnisse von Mitte Dezember 2015 ab. Im Januar 2016 wurde die Gründung der Sonderkommission (SoKo ERZ) beschlossen mit dem Auftrag, die Vorkommnisse in der Dienstabteilung ERZ im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz zu untersuchen. Das eigentlich spannende Kapitel 3 «Verantwortliche Personen» ist kurz ausgefallen, weil aufgrund des Persönlichkeitsschutzes keine Namen oder Firmenbezeichnungen genannt werden dürfen. Die Erkenntnisse der RPK, die sich in ihrem Mitbericht hauptsächlich mit den finanzpolitischen Aspekte der Vorkommnisse auseinandergesetzt hat, sind in die Kapitel 5 und 6 eingeflossen. Die GPK hat sich vor allem mit den Prozessen beschäftigt und in Kapitel 7 über ein Dutzend Problemfelder eruiert. Es geht von Mängeln in der Archivierung über mangelndes Controlling und ein Projekthandbuch, das bestenfalls als Makulatur bezeichnet werden kann, zu einer fragwürdigen Betriebskultur und massiven persönlichen Verflechtungen. Daraus ergaben sich insgesamt 37 Empfehlungen. Die Empfehlungen der RPK wurden sinngemäss in den GPK-Bericht integriert. Sämtliche Berichte machen schwerwiegende Unregelmässigkeiten und Versäumnisse in der Unternehmensführung in den Bereichen Compliance, Risk Management und Governance ausfindig. Die Empfehlungen der GPK tönen teilweise lapidar, so z. B. E18: «Das Controlling muss unabhängig sein.» Der Stadtrat muss der GPK innerhalb eines Jahres über jeden dieser Punkte Rechenschaft ablegen, so auch über E2 (In Bezug auf enge private Beziehungen und Verwandtschaft soll eine erhöhte Sorgfalt eingehalten werden.), E28 (Bei persönlichen Verflechtungen*

sollen Interessenbindungen offen gelegt und geprüft werden, um Interessenkonflikte vermeiden zu können.) sowie E13 (Das Projekthandbuch ist zwingend vor Projektstart eines Bauvorhabens zu erstellen und nicht erst während des Projekts.) und E14 (Die im Projekthandbuch definierten Regelungen sind bei der Umsetzung des Projekts einzuhalten.). E16 lautet: «Die Leitung soll sich auf ein taugliches Kostencontrolling-instrument festlegen und dies verwenden.» Es wurden drei Kostencontrollinginstrumente gefunden und als wichtig bezeichnet, doch ein korrektes Controlling wurde nicht durchgeführt. Die GPK und die RPK haben mit der Veröffentlichung ihrer Berichte die Untersuchung abgeschlossen. Die zahlreichen offenen Fragen sollen nun durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) geklärt werden. Was mich persönlich in dieser Affäre am meisten geschockt hat, war die schiere Amateurhaftigkeit, die in diesem Projekt an den Tag gelegt wurde – egal, welchen Teilbereich man anschaut: Überall ist es schiefgelaufen. Ich danke allen Beteiligten in den Kommissionen, den Sekretärinnen und Sekretären und der Verwaltung. Der grösste Dank gebührt aber dem anonymen Hinweisgeber. Diese Person und alle anderen, die einen ehrlichen Job gemacht haben, sind die wahren Opfer in dieser Angelegenheit. Dafür, dass etwas Ähnliches in Zukunft nicht mehr passiert, möchte ich mich persönlich in der PUK einsetzen.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Die Abklärungen der RPK betreffend die Kostenüberschreitungen haben einige Kernpunkte an den Tag geführt. Die Zuständigkeit von ERZ für Bauprojekte war nicht nur eine Zuständigkeit als Eigentümervertreter, sondern umfasste auch die Abwicklung des ganzen Bauverfahrens. Es gab nie eine Dienstleistungsvereinbarung zwischen ERZ und dem Amt für Hochbauten (AHB), damit die entsprechende Fachkompetenz hätte einfließen, und Fragen des Controllings und des Projektmanagements hätten optimiert werden können. Obwohl ERZ allein für die Abwicklung von Bauprojekten zuständig war, gab es keine zweckmässige Struktur dafür und kein Controlling. Unter dieser Rahmenbedingung startete 2006 die Planung des Logistikzentrums. Eine Reihe von Ereignissen führte dazu, dass das Projekt total aus dem Rahmen fiel, darunter insbesondere der 2008 getroffene Entscheid, das Backup-Rechenzentrum in diesem Projekt unterzubringen. Bis 2009 meinte man, die Unterbringung des Rechenzentrums sei in einem alten Bürogebäude möglich. Als man merkte, dass dies nicht geht, musste man die Fläche für das Rechenzentrum unter Zeitdruck in einem neuen Gebäude im Süden des Geländes planen, um es entsprechend den vertraglichen Bindungen bis Ende 2011 abgeben zu können. Im Oktober 2009 wurde entschieden, das Projekt auf jeden Fall durchzuziehen, obwohl man zu diesem Zeitpunkt weder ein Vorprojekt für den Bau des neuen Rechenzentrums noch eine Idee hatte, was man mit dem alten zentralen Gebäude nachher machen könnte. Auf dieser Grundlage stieg der Gemeinderat im Dezember 2009 in die Vorberatung ein, wobei er bewusst an der Nase herumgeführt wurde. Mit Falschbehauptungen wurde nämlich dafür gesorgt, dass die Debatte möglichst noch in der alten Legislatur abgeschlossen werden kann. Der Beschluss des Gemeinderats war einstimmig. Der damalige Alterspräsident sagte sogar, es gebe keine Anzeichen für eine Kostenüberschreitung. Als man 2012 merkte, dass die Kosten aus dem Ruder laufen,

wurden die Mitarbeiter angewiesen, die Kostenüberschreitung buchhalterisch zu vernichten, und intern wurde Kritik abgewürgt. Erschreckend ist, dass die Verantwortlichen 2015 meinten, sie kämen mit dieser Strategie durch. Für 2016 wurde gar kein Kredit mehr ins Budget eingestellt – die Hoffnung, das Projekt ohne grösseren Wirbel abschliessen zu können, war gross, wurde dann aber durch den Whistleblower unterbunden. Zentrale Fragen konnte die RPK nicht beantworten. Es ist ein Auftrag an die PUK, mehr Klarheit darüber zu schaffen, wer im TED, im Stadtrat und im Finanzdepartement (FD) davon wusste und nichts gesagt hat. Es muss auch abgeklärt werden, welche Bedeutung die Netzwerke zwischen Lieferanten und ERZ-Mitarbeitern sowie der Austausch von Funktionen bei ERZ und bei beteiligten Planungsfirmen spielten. Inwieweit wurde nicht eingeschritten, weil die Personen wussten, dass sie dann selber Dreck am Stecken hätten? Es ist auch unklar geblieben, warum der Stadtrat nach Vorliegen des Finanzkontrollberichts im Januar 2016 und noch mehr nach Vorliegen der Administrativuntersuchung im Herbst 2016 nicht die Reissleine gezogen und die ERZ-Führung nicht in neue Hände gelegt hat. Es ging nicht darum, den ERZ-Direktor fristlos zu entlassen, aber ein Wechsel hätte die Grundlage geschaffen, um eine neue Kultur einzuführen und die Wende zu schaffen. Der Gemeinderat muss sich fragen, warum er über all die Jahre an der Nase herumgeführt werden konnte, und welche Instrumente entwickelt werden müssen, um so etwas in Zukunft zu verhindern. Zusätzlich wird die PUK auch die Ergebnisse der dritten Untersuchung, die der Stadtrat angeschoben hat, verfolgen und verarbeiten müssen. Daneben gilt es, ERZ neu aufzustellen. Seit eineinhalb Jahren ist klar, dass die alte Führungskultur von ERZ keine Zukunft hat, aber es gibt immer noch keinen neuen Direktor. Zudem muss das Projekt Hagenholz 2017 abgeschlossen werden; der Gemeinderat muss noch Mittel für die Abschlussarbeiten bewilligen und ERZ muss die Bilanz anpassen. Daneben müssen weitere Baustellen angegangen werden, so z. B. die defizitären Werkstätten. Nicht zuletzt muss im nächsten Jahr im Hinblick auf HRM2 die neue Tarifverordnung für ERZ ausgearbeitet und in Kraft gesetzt werden. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der RPK und der GPK.

**Fischer Renate (SP):** Die Untersuchung dauerte lange und war umfangreich. Es wurden immer neue Mängel offensichtlich. Der Bericht der GPK entspricht dem Konsens in der Kommission. Es besteht nun die Möglichkeit, den Bericht mit persönlichen Eindrücken und Bewertungen zu ergänzen. Ich habe über vieles den Kopf geschüttelt, so etwa über Dokumente, die es vielleicht gar nie gegeben hat, oder die absichtlich entsorgt wurden. Wie sonst liesse sich erklären, dass nur Dokumente von einzelnen Firmen nicht mehr vorliegen? Am meisten beschäftigt hat mich, dass die 2010 in der Spezialkommissionsberatung gestellten, richtigen Fragen zur mangelhaften Kostenschätzung absichtlich falsch beantwortet wurden. Etwas anderes waren die häufigen Personalwechsel und die vielen Umstellungen im Organigramm – alles während des laufenden Projekts. Es fragt sich, wie ein Projekt unter diesen Umständen überhaupt regelkonform durchgeführt werden kann. Die Frage, warum so viele Kadermitarbeitende nach kurzer Zeit ausgestiegen sind, konnte im Rahmen der Untersuchung nicht restlich geklärt werden, denn die Personen arbeiten nicht mehr bei der Stadt Zürich und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie mit dieser Art von Organisation nichts zu tun haben wollten. In den letzten Jahren wurde ich oft gefragt,

*warum die Untersuchung denn so lange dauere. In der GPK gibt es immer wieder Diskussionen darüber, wann der richtige Zeitpunkt sei, um eine Untersuchung zu starten. Im vorliegenden Fall wurde begonnen, sobald der erste Bericht der Finanzkontrolle vorlag. Der Bericht führte aber nicht nur zu Nachfragen der ständigen Kommissionen, sondern auch zu einer Administrativuntersuchung des TED. Viele Fragen wurden mit grosser Verzögerung beantwortet, etwa weil zuerst das Ergebnis der Administrativuntersuchung abgewartet wurde, oder weil man mit den departementsinternen Abklärungen noch nicht so weit war und diese auch zuerst noch dem Stadtrat vorlegen wollte. Dadurch war die Weiterarbeit in der Kommission oft blockiert. Die noch offenen Fragen werden jetzt durch die Staatsanwaltschaft, eine weitere externe Untersuchung und im Rahmen einer PUK geklärt.*

**Maleica Landolt (GLP):** *Die GLP erwartet vom Stadtrat die genaue und seriöse Prüfung der Empfehlungen des GPK-Berichts. STR Filippo Leutenegger hat den Prozess bereits eingeleitet und Kommentare zu verschiedenen Empfehlungen abgegeben. Wir sind froh, wenn die Korrekturen und Verbesserungsmaßnahmen umgesetzt werden. Es ist uns bewusst, dass je nach Bereich und Massnahme allfällige zusätzliche Personal- oder Finanzressourcen nötig sind. Selbstverständlich werden wir korrekten und sinnvollen Anträgen und Vorschlägen wohlwollend gegenüberstehen. Gewisse Massnahmen erfordern aber keinen grossen Mehraufwand und können schnell umgesetzt werden. Trotzdem bleiben mit Blick in die Zukunft ein paar Fragen und ein flaes Gefühl. Wir sind uns einig, dass es die PUK braucht. Eine übergeordnete Frage ist in den Feststellungen und Empfehlungen jedoch nicht detailliert erwähnt, nämlich die Rolle des Gesamtstadtrats als Regierungsgremium. Wie ist es möglich, dass einem 9er-Gremium die zahlreichen Ungereimtheiten und Problemfelder entgangen sind? Oder wurden sie in der Fülle der Arbeit und im schnellen Lauf der Zeit vielleicht verdrängt? Seit 1994 waren vier verschiedene Vorsteherinnen und Vorsteher aus drei verschiedenen Parteien im Amt. Ist bis zum Publikwerden der Ungereimtheiten nie etwas aufgefallen? Wir fragen uns, wie vertieft die Departementsübergaben stattfinden und ob auch informelle Angelegenheiten weitergegeben werden, damit diese weiterverfolgt werden können. In der Bevölkerung und bei den Mitarbeitenden der Stadt Zürich bleiben auf jeden Fall Unverständnis und Irritation darüber zurück, dass über so viele Jahre Verfehlungen und Missachtungen fortlaufend geschehen konnten. Es stellt sich auch die Frage, wie die Situation in anderen Departementen und Dienstabteilungen aussieht. Wir hoffen, dass dank der PUK neue Klarheit, Erkenntnisse und Empfehlungen kommen und greifen werden. Wichtig ist auch, dass vor allem bei ERZ Ruhe, Sicherheit und Stabilität einkehren, und die Mitarbeitenden zu ihrem Alltag übergehen können. Die PUK braucht nun Zeit, die aufwendige Arbeit seriös, differenziert und umfassend zu machen.*

**Michael Baumer (FDP):** *Der Fall ist eigentlich merkwürdig; über das Unternehmen wird sogar heute noch gesagt, es sei strategisch gut aufgestellt und im Grunde genommen gut geführt, gleichzeitig ist aber alles komplett aus dem Ruder gelaufen. Es ist wichtig, dass die Frage beantwortet wird, wie das passieren konnte. Der unmittelbare Ausgangspunkt war der Entscheid der beiden Direktoren im Jahr 2009, im Backup-Rechenzentrum auch externe Mieter unterzubringen – dadurch entstand Zeit- und*

*Kostendruck, was am Schluss dazu führte, dass die Kostensteigerung verschleiert wurde. Erklärbar ist so etwas nur mit einer entsprechenden, schon seit längerer Zeit bestehenden Führungskultur. Die Politik muss sich die Frage gefallen lassen, wie eine solche Kultur über Jahre unbeobachtet bleiben konnte. Letztlich dürfte es darauf zurückzuführen sein, dass ein Direktor quasi als CEO das Unternehmen strategisch voranbringen wollte, dies im Korsett einer Dienstabteilung aber nicht konnte. Auf diese Herausforderung hat er falsch reagiert, indem er die Regeln brach. Nach aussen gelang es ihm dadurch, den Anschein einer guten Entwicklung zu erwecken. Da entsteht der Eindruck, dass sich die damalige Vorsteherin des TED nicht um ein gut funktionierendes Unternehmen kümmern wollte und nicht hinschaute. Doch auch der Gemeinderat muss sich gewissen Fragen stellen, wie etwa die Diskussion über die falsch verbuchten Kreditabrechnungen zeigt. Obwohl alt Gemeinderat Niklaus Scherr die richtigen Fragen gestellt hat, konnte die Kommission im Rahmen der Beratung der Weisung zum Backup-Rechenzentrum nicht mehr herausfinden – dies nicht zuletzt deshalb, weil sie angelogen wurde. Dies konnte sie natürlich nicht erahnen; ein gewisser Vertrauensvorschuss zwischen Parlament und Exekutive ist nötig. Die PUK muss klären, wie es möglich war, dass eine Dienstabteilung derart aus dem Ruder läuft. Es muss gefragt werden, welche Bedeutung die entsprechenden Rechtsgrundlagen haben, und welche Instrumente der Gemeinderat einführen oder anpassen kann. Die Verwaltung soll dabei aber nicht mit neuen Regulierungen noch mehr bürokratisiert werden. Vielmehr sind die Erwartungen an eine unternehmerisch handelnde Organisation bei der Stadt Zürich festzusetzen.*

**Michail Schiwow (AL):** *Die SoKo hat zwar viel geleistet, das Ergebnis ist aber trotzdem nur gerade genügend. Als ich Ende Juni 2016 in die SoKo kam, war sie schon seit ungefähr sechs Monaten an der Arbeit. In meiner Wahrnehmung fokussierte man hauptsächlich auf eine Person (Urs Pauli) und auf einen Vorfall (Bau des Logistikzentrums Hagenholz). Ich habe mir immer wieder die Frage gestellt, aus welchem Interesse der ehemalige ERZ-Direktor seine Befugnisse und die Reglemente derart krass überschritten haben könnte. Auf meinen Anstoss hin wurde eine längere Passage bezüglich Interessen und Strategien, die auf Ebene Stadtrat wie auch bei Organisation und Informatik (OIZ) zu den Veränderungen in der Konzeption des Rechenzentrums Hagenholz geführt hatten, in den Bericht eingebaut. Über die Treiberfunktion des Drittmieters wurde in der SoKo ausgiebig gestritten. Es besteht Gewissheit, dass wesentliche Änderungen an der Vorlage zu Hagenholz an der gemeinderätlichen Kommission und am Volksentscheid vorbeigeschmuggelt wurden. Die Versuchung war gross, aus dem Hauptverantwortlichen einen Sündenbock zu machen und so alle anderen Verantwortlichen, insbesondere ehemalige und aktuelle Stadtratsmitglieder, aus dem Schussfeld zu nehmen. Doch wenn man Urs Pauli alles anlasten will, ist es merkwürdig, dass man dem zweiten Schreiben eines Whistleblowers, das im Oktober 2016 verschiedenen Parteien zugestellt wurde und auf die weiteren Machenschaften des ERZ-Chefs hinwies, nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt hat. Dies hätte uns dazu bewegen sollen, STR Filippo Leutenegger zu einer früheren und intensiveren Untersuchung bei ERZ anzuhalten. Dieser hat damals dem Stadtrat einen geheimen Abschlussbericht vorgelegt, der zwar Verfehlungen festhielt, sie aber gleichzeitig stark relativierte unter Hinweis auf die Einnahmen aus der*

*Vermietung des Rechenzentrums an Dritte. Es ist zu hoffen, dass die GPK in künftigen Untersuchungen etwas mehr Mut und Biss zeigt.*

**Felix Moser (Grüne):** *Ich konzentriere mich auf drei Punkte: 1. Betriebskultur: In der Dienstabteilung ERZ wurde über Jahre gewirtschaftet, ohne dass jemand etwas gemerkt hätte. Seit über 20 Jahren ist ERZ quasi eine geschlossene Anstalt; solange der Abfall entsorgt wurde und die Zahlen am Schluss stimmten, schaute niemand richtig hin. Dabei wurden schon vor 20 Jahren durch die Klärschlamm-PUK ähnliche Empfehlungen verabschiedet. Im damaligen PUK-Bericht kann man nachlesen: «Die Stadtentwässerung ist im Hinblick auf ihre Organisation und Führung grundsätzlich umzustrukturieren, wobei den Aspekten kaufmännischer Betriebsführung und moderner Personalführung besonders Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.» Und: «Die Stadt Zürich muss einen Weg finden, wie für herausragende technische Fachleute auch ausserhalb von Managementpositionen eine attraktive Berufslaufbahn ermöglicht werden kann.» Damals wie heute ist ERZ technisch gut aufgestellt und verfügt über motivierte Mitarbeitende, aber bezüglich Planung, Kosten, Dokumentation usw. hapert es gewaltig. Es ist dringend nötig, dass bei ERZ eine neue Betriebskultur eingeführt wird. 2. Filz: Es gab offensichtlich eine Vetternwirtschaft, es liegen genügend Hinweise auf starke personelle Verflechtungen vor. Von gewissen Firmen wechselten die Leute später zu ERZ und gaben Aufträge an Leute, mit denen sie früher zum Teil zusammengearbeitet hatten. Andererseits gab es auffällig viele Personalwechsel, vor allem im Projekt Logistikzentrum. Ebenfalls sehr unschön ist der Umgang der Stadt Zürich mit dem Whistleblower, der ERZ verlassen hat bzw. vielleicht verlassen musste. Konsequenzen aus diesem Filz waren z. B. intransparente Vergaben, wobei zumindest in einem gesicherten Fall Aufträge zu unangemessen hohen Preisen vergeben wurden. 3. Schon früh hat die Finanzkontrolle festgestellt, dass mehrere Geschäftsunterlagen fehlen: «Stichprobenweise wurde bei 140 Rechnungen der Abteilung Bau- und Gebäudemanagement geprüft, ob die Geschäftsunterlagen archiviert worden waren. Die Prüfung ergab, dass 109 Offerten, 132 Verträge und sämtliche Rapporte fehlten.» ERZ antwortete darauf wie folgt: «Die Unterlagen sind beim Umzug ins Logistikzentrum und infolge Personalwechsel versehentlich entsorgt worden.» Es geht hier um Aufträge von rund 3 Millionen Franken. Der Stadtrat sagt dazu eigentlich nichts.*

**Christian Traber (CVP):** *Auch wenn die Berichte und die Stellungnahme ohne Gegenstimme verabschiedet wurden, so werden nun doch sehr unterschiedliche Fokusse gelegt und Interpretationen gemacht. Was mich bei dieser Untersuchung überrascht hat, ist der Takt, in dem neue Sachen aufkamen und klargelegt wurden. Der CVP-Fraktion sind drei Anmerkungen wichtig: 1. Wie konnte es passieren, dass zwei fachlich gute Direktoren rechtsstaatliche Abläufe, sofern sie vorhanden waren, missachteten? Wieso wurde dies nicht früher festgestellt? Die Führungskultur in dieser Dienstabteilung war sehr fragwürdig und bedarf dringend einer Verbesserung. 2. Der PUK ist mit auf den Weg zu geben, dass es zu keinen Überschneidungen in den noch laufenden Untersuchungen kommen darf. Jede Untersuchung muss korrekt und auf die anderen Untersuchungen abgestimmt ablaufen. Weiter sollte man daran denken, selbstkritisch zu sein. Der Gemeinderat muss sich überlegen, wie er künftig zusammen mit den zugeordneten Institutionen verhindern kann, dass so etwas wieder passiert.*

3. Bei ERZ muss möglichst bald eine neue Direktion installiert werden.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Es ist nicht erstaunlich, dass sich so vieles erst nach und nach gezeigt hat, denn die Affäre mottete wirklich schon 20 Jahre vor sich hin. In dieser Zeit waren mehrere Stadträte und Direktoren involviert. Es ist gut, dass es jetzt eine PUK geben wird. Dass in letzter Zeit nicht vieles umfassend aufgeklärt werden konnte, liegt in der Natur der Sache. Auch die vom amtierenden Stadtrat eingeleiteten Massnahmen waren eine Gratwanderung. Es konnte nur das gemacht werden, was aufgrund des Kenntnisstands zweckmässig war, denn hätte man mehr gemacht, wäre es wohl als Überreaktion bezeichnet und kritisiert worden.

**Walter Angst (AL):** Es sind drei Punkte klarzustellen: 1. Vonseiten der FDP habe ich nie ein kritisches Wort über den ERZ-Direktor vernommen. 2. Es war Kyriakos Papageorgiou (SP), der in der Kommission akribisch nachgefragt hat, wie es sich mit dem Kostenvoranschlag verhält. 3. Ich finde es unverschämt, zu sagen, das Problem sei, dass ERZ eine städtische Dienstabteilung und nicht eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist. Das Elektrizitätswerk (ewz) ist real dem Markt ausgesetzt und arbeitet erfolgreich, obwohl es sich fast immer akribisch an die städtischen Rechtsgrundlagen hält. ERZ hingegen ist ein gebührenfinanzierter Betrieb, der gar nichts mit dem Markt zu tun hat. Bei ERZ hat überhaupt nichts funktioniert und das hat mit der politischen Führung zu tun, nicht mit der Rechtsform. Vielleicht war der Grund für das Wegschauen ja auch, dass Urs Pauli, der Macher, einem irgendwie gefiel.

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** Mein Vater hat mich immer gewarnt: In der Schweiz ist es nicht viel anders als in Griechenland, hier ist man bloss etwas gescheiter und zieht weisse Handschuhe an, um weniger Spuren zu hinterlassen. Leider hatte er recht. Es ist traurig, wenn man als Gemeinderat in einer Kommission vertrauensvoll Fragen stellt und die Antworten ebenso voller Vertrauen entgegennimmt, nur um später zu merken, dass dieses Vertrauen missbraucht wurde; dass das Gegenüber nicht loyal zum Arbeitgeber war und nicht korrekt und ehrlich geantwortet hat. Persönlich habe ich mich viel zu sehr auf die zwar gebührenfinanzierten, aber guten Produkte von ERZ konzentriert. Es muss aber nicht nur das Produkt stimmen, auch das Verfahren muss korrekt sein und zwar so, wie das Gemeinwesen es will und nicht irgendein Chefbeamter. Wenn einem Chefbeamten die städtischen Vorgaben nicht passen, ist er hier am falschen Ort. Wer bei der Stadt Zürich angestellt ist, soll loyal und korrekt arbeiten. Ich muss es leider so sagen: In der Stadt Zürich habe ich nun ein Stück näher zur Heimat gefunden.

**Michael Baumer (FDP):** Die Stadtverwaltung arbeitet im Grundsatz sehr sauber. Walter Angst (AL) hat recht: Urs Pauli war ein Macher – und vermutlich auch ein Blender. Was ich meinte, ist, dass Pauli unternehmerisch handeln wollte, aber in einem engen Korsett der Dienstabteilung steckte. Auf diese Situation kann man unterschiedlich reagieren und was Pauli gemacht hat, war falsch. Ich habe nicht verlangt, ERZ müsse ausgegliedert werden. Vielmehr muss man das Regelwerk so anpassen, dass man künftig auch Macher anstellen kann.

8 / 8

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Vom

- Synthesebericht. Untersuchung ERZ. Bau Logistikzentrum Hagenholz der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 26. Juni 2017,
- Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in Ausübung der gemeinderätlichen Oberaufsicht über den Stadtrat zu den Vorkommnissen in der Dienstabteilung Entsorgung & Recycling Zürich im Zusammenhang mit der Erstellung des Logistikzentrums Hagenholz vom 26. Juni 2017 und
- Mitbericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu den finanzpolitischen Aspekten der Untersuchung «Logistikzentrum Hagenholz» zuhanden der Sonderkommission Entsorgung und Recycling Zürich (SoKo ERZ) der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Untersuchung «Logistikzentrum Hagenholz» vom 31. Oktober 2016

wird Kenntnis genommen.

Der Stadtrat wird beauftragt, die in den Berichten enthaltenen Empfehlungen zu prüfen und der GPK in einem Jahr über deren Umsetzung Bericht zu erstatten.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat